

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von Mk. 1.50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Cöln a. Rhein, Paksstraße 14. — Telephon 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Lesen die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg. Stellenermittlung und Anzeigen der Stellen die Hälfte.

Nr. 1.

Cöln, den 4. Januar 1907.

VIII. Jahrgang.

Eine Tat.

Auf Aberschwingen flücht die Zeit: es naht
Ihr Schütler Dir, der Tod, mit leisem Schweben.
Dein Stand gehört dem Stand, Dein besseres Leben
Gott und der Welt, und beiden Deine Tat,
Ihr Schuldner bist Du längst, schon längst gewesen:
Was sämst Du noch Dein altes Pfand zu lösen?
O Jüngling, eine Tat, so lang noch heiß
Und ehebegierig Deine Pulse schlagen!
Mann, eine Tat, ein frommes frisches Wagen,
O eine Tat noch vor dem Sterben, Greis!
Und karst Du nicht durch Denken oder Dichten
Auf Deiner Bahn ein stolzes Mal errichten,
Und launst Du nicht mit Meißel oder Schwert
Für späte Enkel in die goldenen Scheiden
Der Weltgeschichte Deinen Namen schreiben,
Beschreibe Dich? Des Werks Verdienst und Wert
Wird nach des Mannes Sinn und Kraft gemessen:
Wer seinen Büßern naht, bleibt unvergessen!
Grab einen Dorn aus Deinem Wüstenland,
Pflanz' einen Baum in Dees Friedland,
Auf das ein Wanderer, der nach vielen Jahren,
An Deinem Born sich labt und Früchte bricht
Von Deinem Banne, froh Dich segnend spricht:
Ein guter Mensch ist dieses Wegs gefahren.

Friedr. Wilh. Weber.

Erkennen und Handeln.

Zwei Dinge tun uns not: Erkennen und Handeln. An der Schwelle eines neuen Jahres stehend bleibt dieses besonders zu beachten. Mühsam kämpfen allein vermag nicht. Sie darf nur dem Erkennen folgen.

Summe Festigkeit hat das vergangene Jahr unserem Verbands gebracht. Das neue Jahr muß der äußeren Entwicklung in erhöhtem Maße dienen. Entwicklung nach innen und außen bedeutet erst ein voller Erfolg. Hat etwa das alte Jahr nicht befriedigt? Für viele nicht. Die Stürmer und Dränger in unseren Reihen verlangen mehr wie Festigkeit, sie wollen den Erfolg ihres Wirkens an der steigenden Zahl der Mitglieder sehen. So ist denn ihr Herzenswunsch der, im neuen Jahre den Verband stärker zu sehen, ihm die Stellung, was die Buch der Zahlen anbelangt, wieder zu verschaffen, die er schon in der Gesamtbewegung besaß.

Nicht leugnen läßt sich, daß der Verband, was die materielle Opferwilligkeit seiner Mitglieder anbelangt, an der Spitze der christlichen Gewerkschaften marschiert. Ebenso wenig leugnen läßt sich aber auch die Tatsache, daß andere Verbände unserer Bewegung, unsere Organisation in der äußeren Entwicklung überflügelt haben. Gab es doch Zeiten, wo kein Unterschied von Bedeutung in der Mitgliederzahl des christl. Bauhandwerker- und Metallarbeiterverbandes und unseres Verbandes bestand. Die Hilfs- und Transportarbeiter, deren Zahl stets gegenüber der unrigen zurückstand, haben uns überflügelt. Die ehemals so winzigen Verbände der Tabak- und Keramarbeiter haben ihre Mitgliederzahl bedeutend vergrößert und sind so der unrigen merklich näher gerückt.

Sollen wir etwa Besessenen werden? Nein, kein Anlaß dazu. Wissen wir doch, daß der Boden der genannten Bruderverbände ein viel ergiebiger ist, ja sein muß. Wie bisher weiter zu arbeiten, ist auch nicht angängig. Wir müssen vorwärts und wollen vorwärts. Das Ziel erkannt und die Kräfte gespannt. Kein hilfloses Jamern, sondern: Erkennen und Handeln. Ursache und Wirkung sind zwei Dinge die zusammen gehören. Auch im Verbandsleben zeigen sie sich. Ihr Verhältnis zu einander zu ergründen ist unsere Pflicht. Gute Wirkungen können erzielt werden, können allerdings auch ein Spiel des Zufalls sein. Sie können es, aber sie dürfen es nicht sein. Sie dürfen es nicht sein, weil eben Zufallswirkungen Seitenblasen sind und keinen Bestand haben. Wirkungen, welche die Folge eines überlegten Handelns, eines Systems sind, die fehlen uns. Manchem Kollegen mag diese Folgerung als etwas zu weit gehend erscheinen. Mit nichten. Nicht soll hier die Rede sein von den durch systematisches Handeln erzielten Verbesserungen, die der Verband für die Kollegen errungen; nicht von Zielen und Aufgaben, die sich der Verband in seinen Statuten gesetzt hat, noch von den Mitteln hierzu. Es muß

System in die agitatorische Wirksamkeit

des Verbandes. Ein System, nach dem einzelne Zahlstellen oder auch Bezirke arbeiten, ist kein. Solange nicht Richtlinien für den ganzen Verband gezogen sind, ist sogenannte systematische Arbeit in den Zahlstellen Sisyphusarbeit. Selbst die so viel gepriesene Kleinarbeit, in der das Geheimnis

allen Erfolges liegen soll, ist eitel Werk, wenn sie nur auf sich beruht.

Betrachten wir die agitatorischen Erfolge des vergangenen Jahres für unseren Verband, so müssen wir erkennen, daß sie der aufgewandten Kraft nicht entsprechen. Mit dieser Tatsache zurückhaltend, oder gar über dieselbe hinweggehend, ist uns und dem Verband nicht gebietet. Es wäre ja auch lediglich eine Selbsttäuschung. Wir müssen und wollen Klarheit haben. Ohne Klarheit über die Mängel unseres Tuns werden wir auch niemals Klarheit über die Bahnen bekommen, die wir in Zukunft zu wandeln haben. Was uns bisher fehlte, um den Verband in größerem Maße nach außen zu stärken, das ist nicht Mangel an Agitation, sondern ein Mangel an System in der Agitation. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit gilt auch hier. Verwendung von Kraft in unangebrachter Weise, ist wie die Erfahrung lehrt, für unseren Verband meist vergebene Kraft. Verloren geht sie nicht und manchmal schon ist sie eine Kraft der Reaktion geworden. Ein Rahmen muß geschaffen werden, innerhalb dessen die agitatorische Tätigkeit sich im ganzen Verbands vollzieht.

Um so leichter wird es dann auch sein, daß die im Verbands so bitter notwendige

Zusammenwirkung der Kräfte

vor sich geht. Eine Zersplitterung der Kräfte, wie sie die Entwicklung des Verbandes mit sich gebracht hat, muß, ob man es zugeben will oder nicht, dessen Position schwächen. Namentlich sei auch hier wiederum der Verschmelzung der Zahlstellen gedacht, die in einem geographisch oder wirtschaftlich zusammengehörigen Bezirk liegen. Mag man mit Einzelkämpfen die durch den heutigen Zustand gepflegte Kollegialität rühmen, mag man die Vorteile dieser in tausend Farben malen, in der äußeren Erstarkung des Verbandes ist diese Kräftezersplitterung ein Uebel. Wir haben schon gelegentlich auf die Vorteile einer stärkeren Zentralisation hingewiesen, sodas sich ein notwendiges Eingehen hierauf erübrigt. (Vergl. den Artikel in Nr. 43 1906). Aber verlangt muß es werden, daß derjenige, der einen solchen Zustand verteidigt, oder nicht alles tut, damit möglichst bald hier Wandel geschaffen wird, sich an den Interessen der Gesamt-Verbandskollegenchaft veründigt. Selbst der oft vorgetragene Grund, daß wir nicht alles nachzumachen haben, was gegnerische Organisationen tun, besagt nichts. Vom Gegner soll man lernen, namentlich dann, wenn dieser auf einem Gebiete Erfahrungen besitzt, die er sich in einer viel längeren Zeit des praktischen Wirkens, als sie uns zur Verfügung standen, gesammelt hat. Jedes Hindernis zur Durchführung der Zahlstellenzentralisation bedeutet ein Zurückdrängen der Vorwärtsentwicklung des Verbandes. Der Zentralvorstand wird schließlich gut tun, von oben herunter das in die Wege zu leiten, was von unten heraus nicht möglich war. Nicht ein gewaltiges Aufdrängen des Zentralisationsgedankens ist dieses, sondern ein Gebot der Selbsterhaltung. Das alte Jahr hat nach dieser Seite gar nichts gebracht. Nur einige morrische Zahlstellen, die dem Sterben näher waren wie dem Leben, haben das Opfer gebracht, ihre Existenz aufzugeben.

Nimmt's so wunder, wenn manchmal in den Kreisen christlich-organisierter Arbeiter der Gedanke zum Durchbruch kommt, daß bei den Holzarbeitern mehr Kampfesgeist als Klassenbewußtsein vorhanden sei? Täuschen wir uns nicht. Im Verbands haperis an manchen Stellen, wo das Klassenbewußtsein durch eine Gewerkschafts-ideologie abgelöst wurde. Man hat den Sinn für die Bedürfnisse und Empfindungen der Gesamtarbeiterschaft verloren. An Stelle realer Notwendigkeiten steht man Ideale, die als nächstliegendes Ziel gelten. Wie sehr dieses zutrifft, beweist die Tatsache, daß es mit der

Agitation in den Branchen

noch sehr schlecht bestellt ist. Wo aber liegen die Wurzeln unserer Kraft zur Verbesserung der materiellen Lage der Kollegen, wenn nicht hier! Das Jahr 1906 hat insofern etwas gutes, als es wohl als das Geburtsjahr der Branchenbestrebungen im Verbands bezeichnet werden kann. Das Jahr 1907 aber hat die Aufgabe, diese jungen Bestrebungen zu kräftigen. Förderung der Branchenbestrebungen in den einzelnen Zahlstellen, Bildung von Zentralkommissionen für diese, Statistiken über die Lage der Berufs Kollegen, ihre Fühlungnahme derselben untereinander, das sind Aufgaben, die im begonnenen Jahre gelöst werden müssen. Mit den allgemeinen Sammelrufen zur Organisation wird wenig erreicht werden. Die Agitation erheischt auch ein Eingehen auf die Eigentümlichkeiten des Berufs und die individuellen Bedürfnisse der Berufs Kollegen. Anders als durch den Weg der Förderung der Branchenbestrebungen wird dieses kaum möglich sein. Auch hier muß System in die Sache. Kein Ding darf ein Spiel des Zufalles, sondern muß wohlwogen und vorbereitet sein.

Wenn mehr System in unser Wirken hinein soll, so ist es selbstverständlich, daß sich das einzelne Mitglied von der Notwendigkeit dieses durchdrungen fühlt. Die Erfahrungen, die bisher gesammelt wurden, gute Gedanken über Schaffung agitatorischer Maßnahmen, gehören nicht in das Persön-

linteresse des Einzelnen, sondern müssen für den ganzen Verband zu verwerten gesucht werden. Namentlich sei daran gedacht, daß die Kollegen einen regen und freien

Gedankenaustausch mit der Verbandsleitung

führen sollen. Auch hier ist manches faul im Staate Dänemark. Die Verbandsleitung sieht man als Selbstwilligungsmaschine, und die Beamten an der Zentralstelle als Automaten zur Verabfolgung von Zahlstellenmaterial, Marken, Zeitungen und ähnlichen Sachen an. Eine Karte nach Cöln und das Gewünschte kommt. Beim Nichtfunktionieren des Automaten große Kraftverwendung an fruchtlicher Entrüstung. Daselbst trifft zu bei Anfragen, die man sich hätte sparen können, weil sie eben selbstverständlich, oder durch Statut oder Anweisungen beantwortet werden. Da bringt man es fertig, vier Seiten lang zu lamentieren über die Unachtsamkeit und die Zurückhaltung, aber auch nur einmal eine Anregung zu geben, wie die Gesamtkonstellation des Verbandes eine günstigere werden kann, dazu findet man keine Zeit. Zu einem Gedankenaustausch genügen die regelmäßigen oder unregelmäßigen Zusammenkünfte nicht. Der schriftliche Verkehr muß diese ergänzen.

Mehr aber wie bisher muß geschehen, wenn die Verbindung der Kollegen in ihrer agitatorischen Tätigkeit eine bessere werden soll. Einheitlichkeit und System hat uns bisher in großem Maße gefehlt. Der Erfolg dieser Unterlassungshünde zeigt sich in der Entwicklung des Verbandes im Jahre 1906. Im laufenden Jahre muß die Scharte ausgewetzt werden und kein Kollege sollte zurückstehen, im Sinne der angeführten Gedanken tätig zu sein. Wollen wir den Verband groß und stark sehen, dann heißt's im Jahre 1907:

Erkennen und Handeln.

Politik und Gewerkschaften.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen lassen es angezeigt erscheinen, daß das Verhältnis der christl. Gewerkschaften zur Politik in etwa erörtert wird. Verschiedene Organe der christl. Gewerkschaften haben sich bereits zu dieser Sache geäußert. Ein dem Sinne nach gleichlautender Papyrus in den Statuten aller christl. Gewerkschaften, welcher in § 3 unseres Statuts enthalten ist, lautet:

„Die Erörterung konfessioneller und parteipolitischer Fragen ist nicht zulässig.“

Eine Durchbrechung dieses bewährten Grundgesetzes der christl. Gewerkschaften glaubten die „freien“ Gewerkschaftler konstatieren zu können, als in den Nummern 6, 7 und 9 des „Zentralblattes“ von diesem Jahre Artikel erschienen, in welchen die Notwendigkeit einer parlamentarischen Vertretung der christl. Gewerkschaften nachgewiesen wurde.

Weil nun in dem bevorstehenden Wahlkampfe die sozialdem. Redner wahrscheinlich die Artikel des „Zentralblattes“ ebenso fälschlich auslegen werden, wie dieses von der roten Presse bereits geschehen ist, so seien die wesentlichen Punkte aus den Artikeln hiermit wiedergegeben. Die Haltlosigkeit der Anschuldigungen unserer Gegner wird dadurch am besten klargelegt. Das „Zentralblatt“ leitete seine Ausführungen durch den klaren und ungewandten Satz ein:

„Der interkonfessionelle und nichtpartei-politische Charakter unserer christlichen Gewerkschaften, der auf dem ersten Kongress in Mainz programmatisch festgelegt wurde, muß unangefastet bleiben, wollen wir nicht unser mühsam aufgebautes Werk wieder auseinander sprengen.“

Damit ist aber nun keineswegs gesagt, daß wir uns nicht um den Gang der parlamentarischen Dinge kümmern sollen. Im Gegenteil, es ist von Anfang an betont worden, daß wir von unseren Mitgliedern verlangen, daß sie sich auch, jeder an der Stelle, an der er parteipolitisch steht, im Sinne unserer gewerkschaftlichen Bestrebungen betätigen sollen.

Es ergibt sich das ganz aus der Natur der Dinge. Die selbständig gewerbene christl. Arbeiterschaft wird sich auf politischem Gebiete keine dauernde Bevormundung gefallen lassen; sie wird vielmehr auf Mitarbeit und Mitbestimmung in den Parteien hindrängen und auch hier Verständnis für die Arbeiterforderungen und gerechte Berücksichtigung derselben fordern. Eines steht fest: Es ist beschämend für die bürgerlichen Parteien, daß sie die christliche Arbeiterschaft so wenig politisch haben zur Geltung kommen lassen. Das hielt unser Kollege Giesberts am 9. Februar im Reichstag den bürgerlichen Parteien mit ernsten Worten vor. Es ist deshalb wohl nicht unnützlich, wenn wir uns auch im „Zentralblatt“ mit der Frage einer besseren politischen Vertretung der christl. Arbeiter in den Parlamenten beschäftigen. Unter diesem Gesichtspunkte geben wir folgende Zuschrift wieder und stellen sie gleichzeitig zur Diskussion:

Die Aufgaben, welche sich die christl. Gewerkschaften zur Lösung gestellt haben, liegen teils auf ideellem, teils auf wirtschaftlichem Gebiete. Lösung der Bildung und Verbesserung der sozialen Lage des Arbeiterstandes, das ist in Kürze das Ziel, welches unsere Bewegung anstrebt.

Bei der Lösung dieser sozialen Aufgaben sind wir mehr oder minder an jene Rechtsnormen gebunden, deren Gestaltung den Parlamenten, den politischen Körperschaften untersteht. Ein freies Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsfreiheit, sind Vorbedingungen für eine segensreiche Tätigkeit unserer Gewerkschaftsbewegung. Dazu kommt noch die Frage des Arbeiterschutzes und der Versicherungsgesetzgebung, an deren Gestaltung auch unsere christliche Gewerkschaftsbewegung das größte Interesse hat. Hier dürfte z. B. an die Frage der Selbstverwaltung jener Einrichtungen und insoweit auch den Minoritäten durch das Proporzwahlsystem die Möglichkeit der Anteilnahme an der Selbstverwaltung unumgänglich wird, erinnert werden. Diese kurzen Andeutungen zeigen klar, daß die Tätigkeit und Erfolge unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung wesentlich von der Gestaltung der politischen Rechtsverhältnisse beeinflusst werden. Wenn wir diese Tatsache erkannt haben, dann ergibt sich daraus für uns die Notwendigkeit, im Interesse unserer Bewegung Mittel und Wege zu suchen, um Einfluß auf die politischen Körperschaften zu erlangen. Die Mittel, welche bis jetzt von uns zu diesem Zwecke angewandt worden sind, waren Versammlungen, Kongresse und Resolutionen. Ich will nicht verkennen, daß manchmal obige Mittel Erfolg gehabt und auf die Gestaltung gesetzgeberischer Normen Einfluß ausgeübt haben. Aber zweifellos würde dieser Erfolg ein größerer und für unsere Bewegung in die Augen springender sein, wenn die Vertretung unserer Forderungen durch christl. Arbeiter im Reichstag selbst erfolgen würde.

Diese Ursache drängt uns mit Gewalt den Gedanken auf, daß es nicht genügt, in Versammlungen und auf Kongressen Wünsche und Forderungen zu erheben, sondern daß wir einer parlamentarischen Vertretung bedürfen, welche in den gesetzgebenden Körperschaften unsere Forderungen aufs nachdrücklichste unterstützt und verteidigt. Dazu bedarf es jedoch Männer, welche unserer Bewegung entsprungen sind, die es sich zur Lebensaufgabe gemacht haben, die Ziele unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu verwirklichen. Von mancher Seite wird mir vielleicht entgegen gehalten, daß heute schon von verschiedenen bürgerlichen Parteien unsere Wünsche vertreten werden.

Manche unserer Anhänger stehen auch bei der politischen Tätigkeit schwallend bei Seite, weil die Partei, der sie angehören, nach ihrer Ansicht nicht genügend auf sozialem Gebiete leistet. Dieser Standpunkt ist verwerflich. Wir müssen in die verschiedensten Parteien hinein, um dieselben langsam aber sicher mit unserem Geiste zu durchtränken.

Alsdann haben wir aber auch ein Recht dazu, Arbeiterkandidaturen zu verlangen. Jede der in Frage kommenden Parteien, hat als Anhänger eine große Anzahl Arbeiter, durch deren Stimmen ihre Abgeordnete in die Parlamente einziehen. Auf Grund dieser Tatsache werden sich diese Parteien auch wohl hüten, die berechtigten Forderungen unserer Anhänger abzuschlagen.

Wenn es nun gelungen sein sollte, was bei zielbewusster Arbeit nicht zu bezweifeln ist, eine Anzahl Vertreter als Abgeordnete in den verschiedenen Parteien zu besetzen, dann kommt die nächste wichtige Frage, wie sichern wir die einheitliche Aktion derselben in den Fragen unserer Bewegung, überhaupt der sozialen Gesetzgebung. Es läßt sich leicht begreifen, daß es verhängnisvoll wäre, wenn Vertreter derselben Bewegung in obigen Fragen prinzipiell gegenwärtige Anschauungen im Parlament zum Ausdruck brächten. Eine einheitliche Stellungnahme könnte herbeigeführt werden dadurch, daß unsere Vertreter eine feste Vereinigung bildeten, zur Vertretung der in Betracht kommenden Fragen. In dieser Vereinigung könnten sich dann die Anschauungen klären und Gegensätze vermieden werden. Dann würde jedoch von dem einzelnen Vertreter die schwierige Aufgabe noch zu lösen sein. Diese Aufgabe wäre, nun in keine Partei hineinzugehen und diese für die gleiche Stellungnahme zu gewinnen. Diese Auf-

gabe wird wohl nicht immer ganz erreicht werden, aber immerhin wird ein mehr oder minder großer Erfolg zu verzeichnen sein.

Durch diese Art des Zusammenwirkens würden unsere Ziele gefördert und unsere christlich-nationale Bewegung an Ansehen und Werbekraft in der deutschen Arbeiterschaft gewinnen.

Aus diesen Ausführungen des „Zentralblattes“ wollen unsere lieben Gegner die Aufforderung an die christlichen Gewerkschaften herauslesen, Parteipolitik zu treiben. Erstens ist doch in den Ausführungen die Rede von den Parteien, in denen sich die christlichen Gewerkschaftler außerhalb der Gewerkschaft betätigen sollen. Zweitens zahlen die christlichen Gewerkschaften keinen Pfennig für die Zwecke irgend einer politischen Partei.

In diesem Sinne hat auch der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften bereits im Jahre 1903 entschieden, und an diesem Standpunkte werden die christlichen Gewerkschaften unverbrüchlich festhalten. In Nr. 9 des „Zentralblattes“ 1903, heißt es wörtlich:

„Aus Anlaß eines Spezialfalles wurde dem Ausschuß die Frage vorgelegt, ob ein Beamter (Vorstand, Sekretär) der christlichen Gewerkschaften, ohne sich mit dem Mainzer Programm in Widerspruch zu setzen, ein Mandat annehmen und der ihm zuzugewandten Fraktion beitreten könne. Die Frage wurde in der letzten Sitzung des Ausschusses in bejahendem Sinne entschieden. Weiter entschied der Ausschuß, daß Gelder der Gewerkschaften unter keinen Umständen für parteipolitische Zwecke verwendet werden dürfen. Dieser Beschluß des Ausschusses wurde einstimmig gefaßt.“

Wer als Mitglied der christlichen Gewerkschaften Politik treibt, tut dies als Staatsbürger und Parteimann, nicht aber als Gewerkschaftler. Der parteipolitisch-neutrale Charakter der christlichen Gewerkschaften zwingt ihre Mitglieder also nicht zu einem politischen Präferenzismus. Politiker muß der christliche Arbeiter sein, aber er soll die Parteipolitik aus der Gewerkschaft fernhalten.

Der christliche Arbeiter soll und muß sich also politisch betätigen, ganz besonders bei der bevorstehenden Reichstagswahl. Wird doch der jetzt zu wählende Reichstag über solche Fragen zu entscheiden haben, die für die Gewerkschaften gewissermaßen Lebensfragen sind.

Schon seit Jahren fordert die christliche Arbeiterschaft ein freies Koalitionsrecht. Mit Sorgen sieht der Familienvater, wie die notwendigsten Lebensmittel stets im Preise steigen. Noch immer entbehren die Berufsvereine der Hochschäftigkeit zahllose Schwierigkeiten erwachsen den Gewerkschaften durch die hundertfache, einzelstaatliche Vereinsgesetzgebung. Mit Sehnsucht erwartet man in gewissen Kreisen eine Aenderung unseres Reichstagswahlrechtes.

Alle diese Punkte werden im Sinne oder zu Ungunsten der Arbeiterschaft entschieden werden, je nachdem die Zusammenlegung des neuen Reichstages erfolgt. Darum, christliche Arbeiter, wachet bei der kommenden Wahl eure Interessen und wählet nur den Kandidaten, der in allen oben angeführten Punkten für eure Interessen eintreten will.

Aus der Praxis der Gewinnbeteiligung.

Die letzten Tage des November jeden Jahres sind für das kleine Thüringer Städtchen Jena, Tage gespanntester Erwartung. Nach den Bestimmungen des Arbeitsvertrages der Opätschen Werkstätte von Karl Zeiß, soll bis zum 1. Dezember die Bekanntgabe erfolgen, wieviel „Dividende“ jeder Angestellte vom obersten Abteilungsleiter bis zum jüngsten Laufburschen als Anteil des erzielten Reingewinns zu bekommen hat. Es handelt sich um einen bestimmten Prozentzuschlag, den jeder zu seinem im Laufe des Jahres verdienten Lohn oder Gehalt bestimmungsgemäß nachgezahlt erhält, und der abhängig ist von den Ergebnissen des Jahresabchlusses. Und

da in Jena fast die gesamte Bevölkerung direkt oder indirekt mit der Firma Karl Zeiß oder ihren Angehörigen in Verbindung steht, so ist zu verstehen, mit welcher Aufmerksamkeit alles Anteil nimmt an den Ergebnissen der Schlußprüfung der Geschäftsleitung, mit dem „Stiftungs-Kommissar“, dem Vertreter der Karl Zeiß-Stiftung. Diese ist ja als juristische Person die Besitzerin der Betriebe, und ihre Uberschüsse sind in erster Linie für Zwecke der Universitäts- zu verwenden, die von den vier Thüringischen Staaten zu erhalten ist. Für sie ist die Karl Zeiß-Stiftung zum fünften Erhalterstaat geworden: denn ohne ihre reichen Zuwendungen hätten die verhältnismäßig armen thüringischen Staaten sie nicht auf ihrer Höhe erhalten können. Ueberall in der Stadt erheben sich prachtvolle Institute und ein Universitätsneubau ist bereits weit fortgeschritten — alles Schöpfungen aus den Mitteln der Stiftung; die großartigste allerdings ist das Volkshaus mit seinen Sammlungen, Bibliotheken und Sälen. Entstanden ist die Stiftung dadurch, daß der langjährige Leiter der Opätschen Werkstätte und zuletzt alleiniger Besitzer, der im Januar 1905 verstorbene Professor Ernst Abbe, sein Gesamtvermögen und seine Besitzrechte in diese unpersonliche Besitzform umwandelte. Für den Betrieb ordnete er an, daß die den Angestellten einmal gezahlten Gehälter niemals wieder herabgesetzt werden dürfen, und wenn hierdurch auch eine gewisse Vorsicht beim Anwachsenlassen der Lohnsätze notwendig wurde, da dieses „Rad mit der bestimmungsgemäßen Sperrklinke“ immer nur nach einer Richtung, der der Erhöhung gedreht werden kann, so wurde ein Ausgleich dadurch geschaffen, daß die gesamten Uberschüsse eines Jahres, nach vorgeschriebener Dotierung der Universität und der nötigen Reservefonds, zur Verteilung an die Angehörigen zu kommen haben.

Im Durchschnitt der letzten Jahre sind bisher 8% aller verdienten Löhne und Gehälter nachgezahlt worden, im letzten Jahre 9% und in diesem Jahre sogar 10%! Auch ist für dieses, wie für das letzte Jahr allen Verheirateten, die über 5 Jahre im Betriebe waren, jede Beitragszahlung zur Pensionskasse für ihre Familienangehörigen erlassen worden, auch diese Beiträge hat die Firma übernommen.

Ueber den Wert der ganzen Einrichtung, kann man ja verschiedener Ansicht sein. Der Einwand, daß durch die Zerstückelung der an sich erheblichen Beträge in viele kleine Einzelbeiträge die Schaffung dauernder Werte von sozialer Bedeutung unmöglich wird, ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Die Einrichtung wirkt nur wie ein willkommenes Weihnachtsgeschenk, und in kurzer Zeit ist alles Geld von der Geschäftswelt Jenas aufgeflogen. Was hätte mit den zusammengehaltenen Summen, die eine Million weit überschreiten, nicht alles an dauernden Werken geschaffen werden können! Altersheime, Sickenheime und dergl. hätten entstehen und dauernd unterhalten werden können. Jetzt ist das natürlich zu spät!

Aber nicht zu vergessen ist doch, so schreibt die „Westf.-Arbeiter-Zeitung“, wie lebhaft vernehmend und die Gegenätze abmildernd in unserer Zeit schwerster wirtschaftlicher Kämpfe eine Einrichtung wirken muß, die — wie hier — alle Angehörigen eines Betriebes mit denen einer Hochschule, ja schließlich eines ganzen Gemeinwesens in gemeinsamen Interessen vereint! Und im gemeinsamen dankbaren Gedanken an jenen einzigen Mann, der im selbstlosen Verzicht auf alles, was sonst den Menschen begehrenswert erscheint, keinen Zwiespalt duldet zwischen dem, was er für Recht erkannt hatte und was er in die Tat umsetzte. Wohl ist die Gewinnbeteiligung in den früheren Abbe'schen Betrieben nur ein kleines im Vergleiche zu den großen Einrichtungen, die er sonst geschaffen, die in ihrer ganzen Bedeutung zu erfassen der Zukunft vorbehalten bleibt; denn ein ganzes sozialpolitisches Programm ist es, das er für den verhältnismäßig kleinen Wirkungskreis, den er zu beeinflussen imstande war, durchzuführen versucht hat, aber man möchte diese einzelne Blüte in

Arbeiter und Schule.

Der Kampf der Arbeiterklasse um kulturelle Besserstellung ist ein gewaltiges Ringen. Da fehlt's auch nicht an Widerständen. Vieles trägt der geistige Tiefstand der Massen daran die Schuld. Ist nicht dieser geistige Arzaismus auch von sozialistischen „Führern“ benutzt, um durch den mangelnden Erfolg den Verstand zu revolutionarisieren und dem sozialdemokratischen Utopismus empfänglicher zu machen. Es sind ja durchaus auch die geistig hochstehenden Arbeiter, die sich derart leichtemeln lassen. Die Wenigsten haben Verstandnis für das Wirtschaftliche.

In den Reihen unserer christlichen Arbeiter herrscht die Erkenntnis der eigenen wirtschaftlichen Lage stetig fort. Auch die Festsitzung über andere Fragen des Wirtschaftlichen nimmt zu. Für den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete ist die Kenntnis des Wirtschaftlichen erste Notwendigkeit.

Diese Kenntnis soll dem möglichsten allen vermittelt werden, damit alle mit reden und lesen können.

Eine wertvolle Grundlage für die geistige Fortentwicklung ist eine gute Volksschulbildung. Lesen, Schreiben und Rechnen ist ungenügend mehr zu erlernen, nur richtiges Können dieser Grundfähigkeiten ist wertvoll. Die Hauptsache ist das geistige Erleben und Festhalten, die Bildung von Verstand und Gewissen. Die Vorbereitungen dazu ist Ausdauer und Fleiß. Mächtig die Arbeiterschaft, daß der junge Nachwuchs geistig sich entwickle, so hat er alle Ursache, daß diese Tugenden der Jugend entzogen werden.

Auch die obligatorische Fortbildungsschule ist von großem Wert. Sie will den Volksschulunterricht ergänzen. Dabei soll die berufliche Ausbildung gefördert werden durch Fach-Praktikum und Nacharbeiten. Neben der praktischen Tätigkeit in Werk-

statt und Fabrik kann dieser Unterricht das Maß des Wissens vermehren. Leider weiß man die Fortbildungsschule nicht überall zu schätzen. Man ignoriert sie und man belächelt sie sogar. Vernünftige Leute sind davon überzeugt, daß die Fortbildungsschule der Allgemeinbildung gute Dienste leistet. Das wird sie noch mehr als bisher können, wenn der Abendunterricht, wie geplant, auf den Werktagvormittag verlegt ist.

Volksschule und Fortbildungsschule sind ja die geistigen Bildungsorte der Arbeiterkinder. Da läßt es sich schon erklären, daß die industriellen oder agrarischen Unternehmer nicht viel dafür übrig haben. Und doch ist es auch für die heimische Produktion von großem Werte, daß die gegenwärtige und ganz besonders die zukünftige Arbeiterschaft ausreichende Kenntnisse der elementaren Fächer besitzt. Ein solcher Zustand wird die Ursache mancher Verbesserung der Technik und im Kampfe mit der Auslandskonkurrenz von Nutzen sein. Ein sprechendes Beispiel nach dieser Seite ist England mit seiner darniederliegenden Volksschule.

Es steht noch ein Stück des alten Herrenmenschen in manchen Unternehmern, weshalb man den Verbesserungen an dem Wege der Volksschulbildung feindselig gegenübersteht. Die Unternehmer schlaflos, mit der wachsenden Bildung und Aufklärung wächst auch der Verstand in den Arbeiterkreisen, mehr als bisher an der Negierung ihrer Arbeitsverhältnisse teilzunehmen. Diese Wünsche sind nicht mehr revolutionäre Phrasen, sondern klar und deutlich begründet. Das Unternehmertum bedauert das Schicksal der alten feudalen Betriebsverhältnisse, die dem kapitalistischen System weichen soll.

Man erinnere sich der Debatte im Reichstage, die gelegentlich der Frage der Fortbildungsschule entstanden. Von einer Seite wurde darüber gemurmelt, daß die Fortbildungsschule den jungen Arbeiter und Gehilfen den Betrieb entzöge und für Betrieb und Arbeiter schädlich werden würde. Die ganzen Ausführungen auf jener Seite

sind durchgegangen, daß man sich den Arbeiter als einen Menschen vorstelle, der weiter nichts zu wissen und zu lernen braucht, als die Handlung in Fabrik und Werkstatt; — ein Sklave der Maschine und des Werkzeugs. — Mit dieser Auffassung paart sich dann auch eine andere, nämlich die, daß das Wahlrecht nur für die von „Bildung und Besitz“ da sei.

Beide Auffassungen passen wunderschön zu einander und charakterisieren so recht die reaktionäre Stellung dieser Leute.

Es ist Tatsache, daß die in der Volksschule erworbenen Kenntnisse manchem später wieder verloren gehen. Deshalb soll die Fortbildungsschule einspringen, um wenigstens die erworbene Volksschulbildung festzuhalten.

Nicht alle Arbeiter wissen den Wert der guten Schule zu schätzen. Sonst könnten sie nicht so achlos an den alljährlichen Lernresultaten vorbeiziehen. Gewiß soll man keines Kinde etwas einrichten wollen, wenn es eben durchaus für das betreffende Lehrfach wenig oder gar keine Auffassungsgabe hat. Davon kann gar keine Rede sein.

Wenn überhaupt schon berührt wird, zu Hause das Kind im Lernen zu unterstützen, sein Können zu fördern, so gibt es weiter nichts zu sagen. Das will unterstützen, müssen vernünftige Eltern selbst wissen.

Ueberhaupt handelt es sich im Grunde nur um die warme Anteilnahme an den Erfolgen und Misserfolgen des Kindes in der Schule. Wenn die Arbeiter für die Lernfähigkeit ihrer Kinder in der Schule das rechte Verständnis und Empfinden haben, so ist ja alles gewonnen. Es ist aber dieses auch nichts weiter als Pflicht und Verantwortlichkeit, ihren Kindern und dem ganzen Stande gegenüber. Die Zukunft des vierten Standes hängt zu einem großen Teile von der geistigen Befähigung der Arbeiter selbst ab. Es darf daher erwartet werden, daß die Arbeiter das erste Bildungsmittel, die Schule, voll ausnützen und an der Verbesserung der Schule nach innen und außen mitwirken.

dem Gesamtstrauch nicht missen. Es ist nicht zu erwarten, daß sein Beispiel Nachahmung finden wird, denn einmal sind Menschen, ihm gleich nur selten zu finden, und wenn sie da sind, dann fehlt ihnen sicher ein Betrieb, wie der Zeißische, der derartige unerschöpfliche Geldmittel zur Verfügung stellt. Aber die Gedanken und Absichten, die ihn bei seinen Schöpfungen befehligen haben, die verdienen in den Kreisen derer, die Versöhnung statt Kampf, die „mit“ nicht „gegen“ einander ringen wollen, in weitestem Umfange bekannt zu werden, als Saat für kostbare Ernte der Zukunft! —

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 6. Januar 1907 fällig ist.

Die Zahlstelle Kiel erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg.

Es sei nochmals daran erinnert, daß etwa noch vorhandene Bestände alter Aufnahm- oder Beitragsmarken unverzüglich mit den Abrechnungsformularen für das IV. Quartal an die Hauptkasse einzusenden sind; dasselbe gilt von den Streifenmarken á 50 Pfg. Die Bestände dieser 3 alten Markenarten sind nicht auf die Abrechnungsformulare pro IV. Quartal übertragen worden und dadurch auf Grund der gemachten Erfahrungen keine Unklarheit über die wirklich vorhandenen Bestände der neuen Marken herbeizuführen. Diejenigen Kassierer, welche also noch im Besitze alter Marken sind, haben darüber auf einem besonderen Blatt Papier Rechnung zu legen und die Bestände mit den Rechnungsformularen einzusenden. Ausdrücklich sei wiederholt, daß die Marken genau so zu behandeln sind wie bares Geld. Für etwa noch vorhandene Marken ist der entsprechende Geldebetrag einzusenden.

Die Aufrechnung der Marken für die weiblichen Mitglieder hat auf dem kleinen den betreffenden Zahlstellen besonders zugegangenen Formular zu erfolgen.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Jung fort.

Jung ist fernzuhause von Schreibern nach Kradt Ober-Schlesien (Aug. Habel), Frankfurt a. M. (Kantel), Göttingen, von Würsten und Pisselmachern nach Göttingen, Niederrhein.

Kündigung des Vertrages in Hildesheim. Die Hildesheimer Kollegen haben beschlossen, den mit der Innung abgeschlossenen Vertrag zu kündigen, da derselbe nicht mehr den Verhältnissen entspricht. In einer am 17. Dezember stattgefundenen öffentlichen Versammlung waren die Kollegen einstimmig der Ansicht, daß zu einer Bessergestaltung des Vertrages alles geschehen müsse. Sie einigten sich auf folgende Resolution:

„Die heute tagende öffentliche Tischlerversammlung erklärt, daß der bisherige Tarif nicht mehr den wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht und beauftragt den Gesellenausschuß der Tischler-Innung, am 1. Januar den vor zwei Jahren mit der Innung abgeschlossenen Tarif zu kündigen. Die Versammlung fordert die Verwaltungen des deutschen und des christlichen Holzarbeiterverbandes auf, nach dem 1. Januar 1907 unverzüglich mit der „Tischler-Innung“ resp. dem Arbeitgeber-Verband für das Tischlergewerbe“ in Unterhandlungen zu treten zwecks Abschluß eines neuen Lohn- und Arbeits-Tarifs.“

Aus den Verbandsbezirken.

3. Bezirk.

Am Sonntag den 23. Dezember fand in Ravensburg eine Bezirkskonferenz statt. Es hatten sämtliche Zahlstellen Delegierten entsendet, ausgenommen Luttlingen, das sich entschuldigt und schriftlichen Bericht eingekandt hatte. Zunächst erlauteten die Delegierten Bericht über Kasien- und Mitglieder-Verhältnisse. Hieraus ist zu ersehen, daß in den einzelnen Zahlstellen tüchtig gearbeitet wurde, zum Teil mit gutem Erfolge. So ist die Zahl der Mitglieder in unserem kleinen Bezirke unter schwierigen Verhältnissen um über die Hälfte gestiegen. Es wurde aber auch der Wunsch ausgesprochen, unser Zentralvorstand möchte auch einmal eine Agitationstour durch Württemberg machen. Von Ulm wurde die Klage geführt, daß dort das Vordringen der christl. Gewerkschaften ungemein erschwert würde durch ein ganz eigenartiges Unterzugs- und Kasienwesen der kirchlich-katholischen Gewerksvereine.

Nach einem vom Kollegen Köblach erstatteten Referate über „Christliche Gewerkschaften und politische Tagespresse“ gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am 23. Dez. in Ravensburg von 14 Vertretern der christl. Holzarbeiterzahlstellen des württembergischen und badischen Oberlandes zahlreich besuchte Bezirkskonferenz erachtet an, daß einige Tagesblätter der christl. Gewerkschaftsbewegung fördernd gegenüberstehen. Gleichzeitig aber behauert sie, daß ein Teil der Presse noch sehr wenig Verständnis für die bedeutungsvolle christliche Arbeiterbewegung zeigt.“ In Anbetracht dieses Umstandes erklärt die Konferenz:

1. Es ist notwendig, daß fortwährend eine Einwirkung der Tagespresse auf die öffentliche Meinung dahingehend stattfindet, daß weitere Kollisionsfälle mit den Bestrebungen der christl. Arbeiterbewegung bekannt gemacht werden. Das Interesse für diese Be-

wegung muß fortlaufend durch informierende Mitteilungen ausreichend erhalten werden.

2. Im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit erwartet die Konferenz, daß die Presse auch in wirtschaftlichen Fragen die berechtigten Forderungen der Arbeiter einschärfend vertritt.

3. Ebenso ist in Anbetracht der systematischen verleumderischen Berichterstattung der sozialdemokratischen Tagespresse die Aufnahme von Gegenartikeln unerlässlich, wenn nicht die christl. Arbeiterbewegung schwer geschädigt werden soll.

Da im Bezirk die Verhältnisse so liegen, daß die Lokalblätter auch sehr stark von der Arbeitererschaft gelesen werden, so verpflichten sich die Delegierten in den einzelnen Orten, die Mitglieder der christl. Gewerkschaften nachdrücklich auf die Beziehungen der Presse zu ihrer Leserschaft und namentlich zur Arbeitererschaft hinzuweisen. Die Konferenz empfiehlt, die fraglichen Zeitungen um Einrichtung einer eigenen Rubrik über „Arbeiterbewegung und Soziales“ anzugehen.

Ein weiteres Referat wurde gehalten: „Wie kommen wir vorwärts?“ Es wurden manche Winke gegeben, deren praktische Anwendung Erfolge sichern dürfte. Als Bezirksvorsitzender wurde Kollege Braig-Laupheim gewählt.

4. Bezirk.

Daß die politischen Kämpfe in Württemberg die Agitation unseres Verbandes nicht beeinflussten, zeigte die am 16. Dez. in Stuttgart abgchaltene Bezirkskonferenz des 4. Bezirks. Wie aus den Berichten der Delegierten zu ersehen war, wurde auf der ganzen Linie fest gearbeitet. Trotz der Beitrags-erhöhung, welche einige „faulen Ästle“ abschüttelte, hat der Bezirk noch zugenommen. Selbst die systematische Verhöhnung und Verleumdung des schwäbischen Eigenorgans, genannt „Schwäbische Tagwacht“, hat vollständig ihren Zweck verfehlt. Aus dem Tätigkeitsbericht des Bezirksvorsitzenden war zu entnehmen, daß derselbe im Berichtsjahr 40 Versammlungen besucht und 17 Referate gehalten hat. Den Ortsverwaltungen wird bei dieser Gelegenheit ans Herz gelegt, bei derartigen Versammlungen nicht nur für eine rege Beteiligung der Mitglieder, sondern auch der Indifferenten Sorge zu tragen. Durch die Verlegung des Sekretariats von Mannheim nach Stuttgart ist der „Wellenschlag“ unserer Verbandsentwicklung auch bei uns zu verspüren gewesen. Wurden doch 4 neue Zahlstellen gegründet. Hand in Hand gingen unsere Kollegen im „roten Lager“ sowohl als auch die Unternehmer daran, uns diese Erfolge wieder freitig zu machen. Wenn ihnen letzteres zum Teil auch gelungen ist, so dürfen sie ja nicht glauben, daß in Württemberg unser Verband sich durch Rabauverjammungen und Aussperrungsmethoden zurückhalten läßt; im Gegenteil, letzteres wird uns antippen, immer mehr für unsere Sache zu agitieren. Daß wir den „freien“ nicht mehr für „unbedeutend“ vorkommen, zeigt der Umstand, daß sie in letzter Zeit sich vor die Versammlungslöcher gestellt haben, um die Kollegen abzuhalten, damit sie ja nichts anderes hören.

Kollege Köblach referierte über „Christl. Gewerkschaften und Presse“, und machte darauf aufmerksam, daß die Presse die öffentliche Meinung darstelle, und die Delegierten somit sich bemühen sollten, einen Einfluß auf sie zu bekommen. In unserem Bezirk ist das um so mehr notwendig, da in verschiedenen Städten unsere Gewerkschaften noch völlig unbekannt sind. Nach einem kurzen Referat des Kollegen Mühl über „unere nächsten Aufgaben“, in welcher derselbe den Delegierten praktische Winke zum inneren und äußeren Ausbau der Zahlstellen gab, schloß der Vorsitzende die Konferenz mit einem kräftigen Appell, das Gehörte in allernächster Zeit auch in die Tat umzusetzen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Nagden. Eine Konferenz, zu der alle Ortsgruppen und Zahlstellen der christl. Berufsorganisationen des Nagdener Bezirkes ihre Vertreter entsandt hatten, beschloß am 16. Dez. einstimmig die Gründung eines Bezirkskartells für den Nagdener Bezirk. Das Statut wurde einstimmig angenommen und sind nach demselben alle Ortsgruppen und Zahlstellen verpflichtet, sich dem Kartell anzuschließen. Die Beiträge, 40 Pfg. pro Mitglied und Jahr, sind vom 1. Januar 1907 an in vierteljährlichen Raten im Voraus zahlbar, an das Bezirkskartell abzuliefern. Die Statuten werden den einzelnen Ortsgruppen und Zahlstellen in den nächsten Wochen zugehen.

Hildesheim. Schon lange ist es her, daß wir die Spalten unserer Zeitung benutzt haben und bei den Kollegen freitig wärmlich der Verdacht auf, die Hildesheimer Kollegen haben sich zum Winterurlaub niedergelegt. Ganz so schlimm ist es nun wohl nicht, aber die hiesigen Kollegen könnten und dürfen ruhig mehr in unsere Versammlungen kommen. Schreiber dieses berichtet nicht gern, von schlechten Versammlungsbereitschaft, weil wir uns dadurch nur blamieren. Ein bißchen mehr Eifer in punkto Versammlungsbereitschaft muß in Zukunft unter allen Umständen erfolgen. Der vor 2 Jahren mit der Tischler-Innung und dem Gesellenausschuß unterzeichnete Vertrag ist so lächerlich, daß derselbe unbedingt verbessert werden muß. Leider stehen noch eine Anzahl Kollegen dem Verbands fern und wäre es nur zu wünschen, wenn unsere Mitglieder eine rege Agitation unter diesen entfalten. Je straffer die Organisation, um so mehr läßt sich erreichen.

Kaschau. Die Notwendigkeit des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter haben auch die hiesigen Kollegen eingesehen und sich zu einer Zahlstelle zusammengeschlossen. Ist auch die Zahl der Mitglieder noch nicht bedeutend, so kann dieses doch im Laufe der Zeit noch werden. Die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind nicht so rosig wie sich mancher denken mag und steht deshalb auch zu erwarten, daß der Organisationsgedanke noch weiter Boden facht. Dazu kommt noch, daß wir auch hier bereits recht tapfer „Geraufen“ haben, von denen wir erwarten, daß der von ihnen betriebenen Geistesstumpf unserer Verbands neue Mitglieder zuführt. So passierte es einem Kollegen in einer Versammlung der roten Metallarbeiter in Niederschulz, daß er wegen des Ausdrucks „Reis“, den er den rabieren „Genossen“ gegenüber anwandte, mit dem Bierglase vermischt und nicht unbedeutend verlegt wurde. Durchgehende Kollegen seien darauf aufmerksam gemacht, daß sich unser Lokal im Gasthaus zum Drachen befindet.

Weingarten. Daß man in Oberschwaben auch so nach und nach vom Winterurlaub erwacht, bewies die am Sonntag den 9. Dezember abgchaltene öffentliche Arbeiter-Versammlung der konfessionellen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften.

Ungefähr 300 Personen lauschten mit Spannung dem Vortrage des Referenten, Kollegen Köblach aus Stuttgart, welcher über „die Notwendigkeit der konfessionellen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften“ sprach. Die christlichen Gewerkschaften, so führte Redner aus, erstrecken angemessene Löhne, eine den Verhältnissen entsprechende Arbeitszeit, Abstellung von Mischständen in den Betrieben, Schutz von Gesundheit und Leben, sowie menschenwürdige Behandlung der Arbeiter. Diese Ziele suchen die christlichen Gewerkschaften, möglichst im Wege der Verständigung mit den Arbeitgebern, durch friedliche Verhandlungen zu erreichen. Als Mittel hierzu gilt der Abschluß von Tarif-Verträgen. Die geistige und sittliche Hebung des Arbeiterstandes suchen dieselben auch ihrerseits zu fördern durch Vorträge über die soziale Gesetzgebung, Herausgabe von Fachzeitschriften, Bibliotheken u. s. w. Diese Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus der organisierten Arbeiter wirkt auch vorteilhaft für die sittliche Haltung derselben. Redner ging dann auf das Programm der konfessionellen Arbeitervereine ein. Diese vertiefen das religiös-sittliche Leben durch apologetische Schulung und Unterricht. Auch bleibe den Arbeitervereinen als wichtige Aufgabe die politische Schulung überlassen. In wirtschaftlicher Beziehung können und müssen die Arbeitervereine helfend beiseite stehen, so z. B. Wohnungsjürsorge, Konsumvereine u. s. w. So können Arbeitervereine und Gewerkschaften nebeneinander und jede Bewegung in ihrem Gebiete bearbeiten, sich gegenseitig ergänzend. Die konfessionellen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften, sagte Redner, sind die zwei Arme, mit denen sich die Arbeiter den Platz an der Sonne erkämpfen müssen. Die Versammlung nahm nach lebhafter Diskussion folgende Resolution einstimmig an:

„Die heute im katholischen Gesellenhaus zu Weingarten tagende zahlreich besuchte Versammlung der christlichen Arbeiterkorporationen von Weingarten, Baiensfurt und Umgebung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erklart in den konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften zwei notwendige Bewegungen zur Wahrung der materiellen und geistigen Interessen des Arbeiterstandes. Während letzterer Bewegung mehr die Aufgabe zufällt, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, insbesondere durch Regelung des Arbeitsverhältnisses zu vertreten und damit gleichzeitig den Weg zum geistigen und kulturellen Aufstieg zu ebnen und vorzubereiten, bleibt den konfessionellen Arbeitervereinen die religiöse, politische und geistige Vertiefung als wichtigstes Gebiet überlassen, da diese Fragen in den interkonfessionellen, politisch neutralen christlichen Gewerkschaften keine Erörterung finden können.“

Daneben gibt es auch auf wirtschaftlichem Gebiete außer der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welches den gewerkschaftlichen Organisationen überlassen bleibt, manche Fragen, die durch die Arbeitervereine gelöst werden können und müssen.

Nach gründlicher Aussprache errieten die Versammelten rückhaltlos an, daß beide Bewegungen aufeinander angewiesen sind und sich gegenseitig zu ergänzen haben, wenn die christliche Arbeiterschaft auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, rechtlichen und öffentlichen Lebens denjenigen Einfluß gewinnen soll, der ihr nach ihrer Bedeutung zusteht. Die Anwesenden verpflichten sich daher, durch Anschluß an beide Bewegungen diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen und dafür zu sorgen, daß alle fernstehenden Arbeiter den fraglichen Organisationen zugeführt werden.“

Soziale Rundschau.

Das preussische Einkommensteuergesetz und die Arbeitererschaft. Die Steuerfrage wird zur Zeit in Preußen wieder einmal recht nachdrücklich und für die Arbeiter ganz empfindlich angezogen. Nicht, daß wir eine neue direkte Steuer zu entrichten hätten, nein, dem Vater Staat ist auf Grund der bestehenden Steuergesetzgebung eine recht willkommene Handhabe gegeben worden, den Ertrag der preussischen Staatssteuern zu erhöhen. Wie gewöhnlich, so wird aber auch hier nicht bei den leistungsfähigen kapitalkräftigen Staatsbürgern angelegt, sondern man hat es gerade auf die Kinderbewerben, die Einkommen unter 3000 Mk. abgesehen.

Bei der Revision des preussischen Einkommensteuergesetzes im letzten Winter ist auf Betreiben der National-liberalen mit Unterstützung der beiden konservativen Parteien vom preussischen Dreiklassen-Parlament eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen worden, die sich bei der Ausführung als ein steuerliches Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter und Angestellten erweist. Man hat nämlich dem Paragraph 23 des Gesetzes folgende Bestimmung hinzugefügt:

„Wer für die Zwecke seiner Haushaltung oder bei Ausübung seines Berufes oder Gewerbes andere Personen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt, ist verpflichtet, über das Einkommen, sofern es den Betrag von 3000 Mk. nicht übersteigt, der in Absatz I genannten Behörde auf deren Verlangen binnen einer Frist von mindestens zwei Wochen Auskunft zu erteilen. Diese Pflicht liegt auch den gesetzlichen Vertretern nichtehelicher Personen ob.“

Nach Paragraph 74 wird derjenige, der diese Auskunft verweigert oder unvollständig oder unrichtig erteilt, mit einer Geldstrafe bis zu 300 Mk. bestraft.

Quers hat sich gegen das neue Gesetz eine starke Opposition in Arbeitgeberkreisen geltend gemacht und zwar am stärksten bei den Großunternehmern, also den Freunden der Vater der neuen Bestimmung. Die Ausführung derselben bringt den Arbeitgebern nämlich eine gewaltige Arbeit.

Doch alles Stranden der Arbeitgeber ist vergebens. Es kann nach Sinn und Zweck des § 23 des neuen preussischen Einkommensteuergesetzes nicht zweifelhaft sein, schreibt hierzu die „Köln. Zig.“ u. a., daß auf Ersuchen des Gemeindevorstandes jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, Namen, Adressen und Bezüge sämtlicher von ihm dauernd beschäftigten Leute mit einem Einkommen von unter 3000 Mk., sei es durch Ausfüllung der ihnen übergebenen Formulare, sei es durch Aufstellung besonderer Verzeichnisse, mitzuteilen. Daß ihre Erfüllung erzwungen werden kann, ist selbstverständlich, denn der § 74 desselben Gesetzes besagt, wer die in Gewandtheit des § 23 von ihm geforderte Auskunft verweigert oder ohne genügenden Entschuldigungsgrund in der gefestigten Frist gar nicht oder unvollständig oder unrichtig erteilt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 300 Mk. bestraft. Die Annahme, daß die Gemeindevorstände sich vorläufig nicht auf diese Strafandrohung legen, sondern sich nur zu befehlen suchen würden, ist nicht

zutreffend; wie mitgeteilt wird, haben manche Bürgervereine beim ersten Widerstand gleich das schwerere Geschütz aufgeführt und damit zur Beruhigung der Gemüter nicht gerade beigetragen.

Der Umstand, daß nicht die Regierung, sondern sogenannte „Volkvertreter“ die Anregung zu dieser Verschärfung der Steuererhebung gegeben haben und die Neuerung gegen eine starke Minderheit in ihrer schärfmacheischen Steuerwelt durchgedrückt haben, gibt der ganzen Angelegenheit erst recht den vergiftenden Stachel. Die schreiende Ungerechtigkeit dieser Bestimmung liegt darin, daß nur die Einkommen unter 3000 Mk., also die mit Gütern am wenigsten Begünstigten davon betroffen werden, während die Besitzgestellten, alle mit mehr wie 3000 Mk. Einkommen liebevoll verschont werden. Das sieht dem preussischen Dreiklassenparlament wirklich ähnlich.

Das Wachstum unserer Bevölkerung in unserem Vaterlande ist der beste Beweis für die notwendige volkswirtschaftliche Umwälzung desselben. Das z. B. heute bei 60 1/2 Mill. Einwohnern nicht weitaus engen Schranken der Kunst und des Jolles durchführbar sind, wie vor 100 Jahren, als unsere Nation nur 20 Mill. Einwohner zählte, ist selbst dem NSG. Schönen beizubringen. Darum kann man auch nur noch ein mitleidiges Lächeln demjenigen gegenüber haben, der wieder die „gute, alte Zeit“ mit ihren engen wirtschaftlichen Vorschriften im Gewerbe, im Handwerk ujm. herbeiwünscht. Eine derartige Entwicklung, wie sie unser Volk in den letzten Jahren genommen hat, verlangt gebieterisch Bewegungsfreiheit auf allen Gebieten. Ein Bild der Bevölkerungszunahme bietet uns die Statistik der Volkszählung vom 1. Dezember 1905, die nunmehr vollständig vorliegt. Danach zählte das Deutsche Reich am 1. Dezember 1905: 60 641 278 Einwohner. Es umfassen auf die männliche Bevölkerung: 29 584 681 und auf die weibliche: 30 756 597 Millionen.

Wie sehr die Bevölkerung zugenommen hat, zeigt am besten folgende Zusammenstellung. Seit Reineinrichtung des Reichs 1871 wurden an Einwohnern gezählt:

Nr	1. Dezember 1871:	41 638 732	Zunahme	%
1.	1875:	42 727 360	1 668 568	4,06
1.	1880:	45 234 061	2 506 701	5,87
1.	1885:	46 833 704	1 621 643	3,59
1.	1890:	49 428 470	2 572 766	5,49
2.	1895:	52 279 901	2 851 431	5,77
1.	1900:	56 367 178	4 087 277	7,82
1.	1905:	60 641 278	4 274 100	7,58

Das ist also innerhalb 30 Jahren eine Zunahme von ca. 20 Millionen oder 1/2 der gesamten Bevölkerung. Eine auffallende Erscheinung ist zugleich die Tatsache, daß auch eine enorme Anzahl Ausländer bei uns einwanderten, so daß auch das Wachstum hiervon beeinflusst wurde. Die Ein- und Auswanderung ist zugleich ein gewisser volkswirtschaftlicher Barometer für unsere wirtschaftlichen Kompensationen. So hatten wir z. B. im Jahre 1880—85 einen Verlust infolge Auswanderung von 980 215 Personen. Im dem Jahresraum 1890 bis 1895 einen Verlust von 423 810 Personen, während von 1895—1900 die Einwanderung die Auswanderung um 94 125 und von 1900—1905 um 22 307 Personen überstieg. Die Einwanderung gibt Zeugnis vor allem von dem mächtigen industriellen Aufschwunge des Deutschen Reiches und somit seines Einflusses auf, aber auch seiner Abhängigkeit — von dem Weltmarkt! Sie zeigt aber auch ferner, daß es unmöglich ist, eine große Volkswirtschaft — deren größter Fortschritt die Arbeitskraft bildet — auf die Dauer in untergeordneten Beziehungen, wie wirtschaftlichen Einien zu halten. Von der Unabhängigkeit, von der Intelligenz, der Beharrlichkeit und Ausdauer dieses großen Volkes der Einwohnerzahl hängt das Vaterlandes Wohl und Wehe ab. Darum Gleichberechtigung, Licht und Luft, Anteilnahme unserer Kulturarbeit, diesem großen Volk unseres Volkes! So muß die Parole aller Volkswirter, wie wehren Welt- und Vaterlandsgrenze lauten.

Entgegen gerichtet wurde der wegen seines fanatischen Kampfes gegen unseren Verband weit bekannte Spielverwalter K. Hoffberg in Bam. Mit Verschärfung unserer Mitglieder list der „Fabriker“ unsere Reihen unterdrücken wollen, und als ihm dies durch die Verbandsvorleiter klar gemacht wurde, daß dieser Kampf vergeblich sei und ihm nur selbst schade, gab der Mann des Berückten her, die Entwicklung des Verbandes nicht kommen zu lassen. Doch Berückten und Hellen sind bei den „Herrn“ jenseits jenseits. Nachdem das Verprechen gegeben wurde, ging das Schiedsamt ein und ließ, denn manchen wegen Zugehörigkeit zum Verband einlegen und Hoffberg wurde somit wortbrüchig. Da nun dem „Herrn“ nicht anders zu helfen war, wurden seine nicht eben charakteristischen der Öffentlichkeit preisgegeben. Das Verbot werden auf diese Weise gefiel dem Herrn allerdings nicht. Er hat daher nun Koh, um seine Ehre zu reparieren. Verhältnismäßig ist der Mann blind zu haben, denn in der ersten Behandlung wurde der Schiedsamt der Artikel verurteilt; leider auch eines Verurteilten der Arbeiter, derenwillen er die Fellen geschrieben hat. Doch nicht nur Koh, sondern auch so war es vorzugehen, daß die zweite Behandlung einen anderen Ausgang nahm. In der Tat war es eine glänzende Verurteilung, welche Hoffberg und eine vernünftige Beurteilung des hohen Schiedsamt von Bam. Doch damit war der Mann noch nicht zufrieden. Sogar die höchste Instanz im Reich mußte es ihm bestätigen, daß er nicht leichtfertig gemacht war, denn die eingelegte Revision wurde gleich abgewiesen. Infolgedessen sprach man eine andere Klage gegen den Hoffberg und zwar gegen die Kollegen Bergmann und Schwaner wegen Verleumdung. Beide sollen auch verurteilt werden, nachdem ein ähnlicher Vorfall den Hoffberg gelegentlich einer Besprechung ein „altes Weib“ genannt haben. Die Klage wurde immer zurückgezogen, da für das Urteil in der letzten Instanz der Hoffberg der hier schon genannten Verurteilung nicht zustimmen konnte. Doch Hoffberg selber bestand eine Klage gegen die Kollegen, daß die Verurteilung nicht gut genug war, und er nun zum Schiedsamt der Kollegen in seine Klage gegen diese Kollegen einbringen wollte.

Somit hatte der Kampf nur das Koalitionsrecht der Arbeiter in Bam sein Ende gefunden. Hoffberg hat dieser Kampf nicht nur eine große Klage und Bloßstellung vor aller Welt gebracht, sondern auch Kosten von beinahe 2000 Mk. verursacht. Wer einem anderen — —

Gegen den Alkoholmißbrauch. Wie das „Zentralblatt“ mitteilt, hat sich das Reichsversicherungsamt veranlaßt gesehen, an die Träger der Arbeiterversicherung, Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften ein Rundschreiben gerichtet, indem erneut auf die Bewegung des Alkoholmißbrauches hingewiesen wird. Nach einem Hinweis auf die bisher in der Sache bereits gemachten Vorschläge heißt es in demselben:

„Hierzu erscheint auch für die Träger der Unfall- und Invalidenversicherung der Zeitpunkt günstig, in eine erneute Prüfung der Frage einzutreten, wie durch Belehrung sowie durch vorbeugende und heilende Maßnahmen dem Alkoholmißbrauch im Kreise der Versicherten entgegenzuwirken ist. Wenn auch bei dieser Prüfung die Versicherungsträger auf ihre besonderen finanziellen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen haben, so darf doch die Bewilligung von Ausgäben, wie sie durch Verteilung von Schriften, Maßnahmen zur Unfallverhütung, Heilbehandlung usw. erwachsen, nicht von einem zahlenmäßig nachweisbaren Erfolg abhängig gemacht werden. Denn der Erfolg wird vielfach erst nach längerer Zeit greifbar hervortreten.“

Als allgemein erstrebenswerte Ziele werden zu bezeichnen sein: eintägige Belehrung der Versicherten, insbesondere der jüngeren Schichten der Arbeiterschaft und der weiblichen Arbeiterbevölkerung über die Gefahren des Alkoholmißbrauches, zweitägige Unfallverhütungslehren sowie deren wirksame Durchführung und Überwachung, Verbot oder Einschränkung des Genusses alkoholischer Getränke während der Arbeitszeit, Bereitstellung von Trinkwasser usw. Auch wird eine Heilbehandlung in psychiatrisch gerichteten Einrichtungen zur Befreiung von Unfallfolgen und zur Abwendung oder Befreiung der Invalidität in vielen Fällen Erfolg versprechen.

Die Vorstände der Berufsgenossenschaften und die Vorstände der Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung werden ergeblich ersucht, über die bisher zu der Frage der Bekämpfung des Alkoholmißbrauches eingenommene und in Zukunft beabsichtigte Stellung, die getroffenen Maßnahmen und deren bisherigen Erfolg bis spätestens zum 15. Januar 1907 zu berichten. Dabei werden namentlich in den Heilbehandlungsfällen die Heilstätten, die Dauer und Kosten der Behandlung und deren Erfolge angegeben sein. Bei der Richtigkeit des Gegenstandes empfiehlt es sich, auf die Frage des Alkoholmißbrauches unter den Versicherten und seine Bekämpfung auch in den Geschäfts- und Verwaltungsbereichen der Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung einzugehen, sowie die Überwachung der einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften und die dabei gemachten Erfahrungen und erzielten Erfolge zum regelmäßig wiederkehrenden Gegenstand in den Berichten der jeweiligen Aufsichtsbereiche zu machen.“

Das erneute Eingreifen des Reichsversicherungsamtes in diese Materie ist ersichtlich. Es liegt schon ein großer Fortschritt in der Auffassung des Alkoholmißbrauches als Krankheit. Als solche verdient es die Aufmerksamkeit der Versicherungsträger in großem Maße. Es ist unbestreitbar, daß nicht nur vollständige Trunkenheit, sondern auch der tagtäglich in größeren Umständen gemessene Alkohol auf die Gesundheit der Arbeiter, der vorzeitigen Verschöpfung der Arbeitskräfte äußerst nachteilig wirkt. Neben der Belehrung über die Schädlichkeit des Alkohols, der Heilstättenbehandlung, Trunksüchtiger usw. ist aber besonders Gewicht zu legen auf die Bereitstellung von Erfrischungsmitteln in solchen Betrieben, wo ohne diese die schwer anstrengende Arbeit nicht geleistet werden kann.

Technische Notizen.

Einleiten und Mahlen des Möbelholzes. Es ist bekannt, daß sich die Firnisbehandlung, insbesondere die Anwendung der Lacke, an Möbelstücken aus ästhetischen Gründen verbietet. Allerdings kann nicht in Abrede gestellt werden, daß der Firnis dem Möbelholze einen wirksamen Schutz gegen alle Angriffe der Feuchtigkeit und des Schimmels zu bieten vermag, und dabei zugleich auch die Struktur des Holzes sichtbar erhält. Insofern ist doch die Glanzwirkung, welche von solchen geschliffenen Möbelstücken ausgeht, keineswegs so geringfügig und erweislich, daß sie dem Auge des Möbelkenners auch auf die Dauer erträglich sein könnte. Statt des Firnisses vermögen dagegen zur Verschönerung der Möbeloberfläche das Einleiten und das Mahlen treffliche Dienste zu leisten.

Beide kann wohl zu ergründen ist es, weshalb gegenwärtig dem Einleiten nicht die volle praktische Anerkennung und Würdigung zuteil werden soll. Ist doch die Technik des Einleitenverfahrens weder schwierig noch unzuverlässig. Im Gegenteil. Der hierfür geforderte mehrmalige Auftrag gelochten reinen Leinwols, bringt doch eine so warme und dabei milde Vertiefung der natürlichen Holzfarbe zuwege, wie dies durch kein anderes Mittel auf gleich einfache Weise und mit gleich geringem Kostenaufwande erreicht werden kann. Dabei ist allerdings für einen vollkommenen Erfolg als Grundbedingung zu beachten, daß das Leinwoll in heißem Zustande aufgetragen wird, weil es in dieser Form leichter und gründlicher in das Holz eindringt. Das nur trockenes Holz in Behandlung genommen werden darf, braucht dazu wohl nicht noch besonders hervorgehoben zu werden.

Die Anwendung reinen Leinwols hat zur Folge, daß die Naturfarbe des Holzes erhalten bleibt; zugleich aber auch beliebig durch entsprechende häufige Wiederholung des Leinwollauftrages verändert werden kann. Auf solchen naturfarbigem Untergrunde einleitet man beliebigen Firnis mit Lackfarbe angefertigte Ornamentierungen, wie Friese etwa und Zwickungen, zu sehr auffälliger Wirkung gelangen. Soll dagegen die ursprüngliche Holzfarbe durch eine andere ersetzt werden, so ist dies gleichmäßig mit dem Einleiten dadurch zu erzielen, daß man dem Leinwoll vor dem Auftragen die gewünschte Farbe zusetzt. Man sollte dabei aber sehr wohl bedenken, daß ein solcher Farbzusatz niemals zu reich genommen werden darf, denn das Bekleben des Einleiten, das leichte und gründliche Eindringen des Leinwols in die Holzstruktur, wird dadurch unmöglich gemacht. Selbst dann, wenn

es sich um die Erreichung der kräftigsten Farbentöne handelt, ist stets nur ein sehr mäßiger Farbzusatz anzuraten. Er verhilft auch so zu den energischsten Farbentönen. Und zwar eben deshalb, weil ja hier der mehrmalige Auftrag, den das Einleiten an und für sich schon beansprucht, eine Steigerung der Farbkraft ganz naturgemäß mit sich bringen muß. Aber auch dieses farbige Einleiten hat wiederum den Vorzug, daß hier die Struktur des Holzes nicht bis zur Unkenntlichkeit verdeckt wird. In dieser Wirkung zeigt sich also das Einleiten zweifellos mit dem Mahlen nahe verwandt.

Charakteristisch für das Aussehen eingeleiteter Möbelstücken ist es, daß sie die Rauheit ihrer Oberfläche unter dieser Behandlung nicht ganz verlieren. Das freilich auch diese Rauwirkung je nach den beabsichtigten Zwecken sehr erfreuliche künstlerische Motive zulassen kann, ist nicht zu bestreiten. Eine Folge der hier unvermeidlichen Oberflächenrauhigkeit ist es dagegen andererseits, daß der durch das Einleitenverfahren zu erzielende Glanz wie über eine gewisse Mittelgrenze der Behaltbarkeit hinaus gesteigert werden kann. Die Lichtwirkung der rauhen Oberfläche bildet hierfür eben jenes retardierende Moment, daß den eingeleiteten Möbelstücken unweibentlich diese ihre besondere Note aufsprägt.

Andererseits dagegen das Mahlen. Ein zweites Maliges Verfahren, Bestreichen der Holzfläche mit Wachslösung und nachfolgende Bearbeitung zwecks Glanzherzeugung. Die Wachslösung bringt in die Holzporen ein, füllt sie aus und schafft dadurch eine außerordentlich ebene, glatte Oberfläche. Weil die Wachsmasse die Holzporen füllt und schließt, ist es denn auch hier nicht, wie beim Einleiten möglich, durch entsprechende Wiederholung des Mahlens eine tiefergehende und farbkraftigende Tränkung durchzuführen. Vielmehr bleibt die aus zerfeinertem und in Terpentinöl gelöstem Wachs bestehende Flüssigkeit nach dem Auftragen immer nur an der Oberfläche wirksam.

Daher ist es denn auch für den Anfall des Mahlens, weniger belangreich, ob die Masse kalt oder warm zum Auftrag kommt. Nur muß nach dem Aufstreichen genügend Zeit gelassen werden, daß die Wachsmasse austrocknen kann. Mit der Nachbehandlung, dem sogenannten Wachsen, sollte daher im allgemeinen niemals früher, als nach Ablauf von 24 Stunden seit dem Auftragen begonnen werden. Für dieses Wachsen selbst ist als Hilfsmittel je nach der Formbildung des zu behandelnden Objektes, sowohl ein Wolllappen, wie auch eine feißhaarige Borstenbürste zulässig. Der Zweck der Wachsarbeit, des Herbeiführens des Glanzes auf der gewachsenen Oberfläche, ist nun freilich insgesamt durch Reiben mit dem Wolllappen schneller und vollkommener zu erreichen. Insofern sind doch gewisse Möbelbildungen, wie Verkröpfungen und Schnitzereien, nur durch Bürstenarbeit anreichend glanzkräftig zu machen.

Viele sind noch des Glaubens, daß der Wachsglanz einen desto schöneren Tiefwert annehme, je stärker von vornherein der Wachsaustrag erfolgt sei. Es ist dies aber eine verhängnisvolle Täuschung, vor der nicht nachdrücklich genug gewarnt werden kann. Wichtig ist freilich, daß sich bei der Nachbehandlung der Wachsarbeit um so schneller einstellt, je reichlicher die Wachsmasse an der Oberfläche bereit liegt. Das erklärt sich aber lediglich aus dem hier angehäuften Überflusse glanzkräftigen Materials, das schon bei geringerem Wachsen eine starke Glanzmenge von sich gibt. Aber so leicht, wie diese Glanzherlichkeit gewonnen, ist sie auch als bald wieder zerronnen. Denn die Gebrauchserfahrung lehrt, daß eine gewachsene Möbelfläche um so empfindlicher gegen jede Rässe ist, je dicker der glanzgebende Wachsüberzug gehalten ist. Wenn es nun überhaupt schon als bedauerlich bezeichnet werden muß, daß gewachsene Möbel auf alle Rasseberührung mit perennierenden Flecken zu reagieren geneigt sind, so sollte man doch klugerweise vor allem darauf Bedacht nehmen, durch einen möglichst sparsamen Wachsaustrag die Wasserempfindlichkeit der gewachsenen Fläche so weit als erreichbar abzumildern. Nicht aber statt dessen lieber durch überreiches, materialvergebendes Wachsen sich einen leichter erstellbaren Wachsglanz sichern — auf Kosten der Haltbarkeit eben dieses Wachsglanzes. Bei mäßigem Wachsaustrage erfordert die Erzeugung schöner Glanzwerte zwar etwas mühevollere Arbeit, liefert dafür dann aber auch ein um so dankbareres Ergebnis. Franz Janniter.

Briefkasten.

Wer die Adresse des Kollegen Servas Koppa kennt, wird gebeten, selbige der Geschäftsstelle des Verbandes mitzuteilen.

Drei tüchtige Stuhlbauer

für Spezialarbeit sofort gesucht.

H. Büding, Coesfeld Westfalen.

Gewerkschaftssekretär gesucht.

Für das mit 1. Januar 1907 gegründete Bezirksamt der christlichen Gewerkschaften zu Aachen wird ein Sekretär gesucht. Dieser muß selbstgeschriebenen Lebenslauf und bis spätestens 1. Februar an den Kartellvorsitzenden M. Müllers in Aachen, Gesellschaftshaus, Poststraße 56 einzuwenden.

Mehrere Schreiner

jüngere und ältere, auf weiche und solche auf polierte Arbeit finden Beschäftigung. Selbständige Rechnungen an den Kollegen F. I. Köhler, Stuttgart, Urbanstraße 73 erbeten.

Zahlstelle Schramberg.

Samstag, den 12. Januar, nachm. 7 1/2 Uhr

General-Versammlung.

Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Der Vorstand.